



2008

Zum 8. März

Damit die Pflege kein Pflegefall bleibt

Alle wissen es aus Erfahrung: Die Pflege von Älteren oder Kranken ist zumeist Frauensache. Die Statistiken bestätigen das: Rund 80 Prozent der Pflegearbeit wird von Frauen geleistet, entweder zu Hause oder als Beschäftigte im Pflegebereich. Zugleich sind fast 70 Prozent derjenigen, die auf Pflege angewiesen sind, weiblich. Zwei Gründe für Sie als Frauen, die Debatten zum Thema Pflege besonders zu verfolgen.

Seit Einführung der Pflegeversicherung im Jahr 1995 wurden deren Leistungen nicht angehoben. Die Betroffenen müssen immer häufiger ins eigene, selten gut gefüllte Portmonee greifen. Zugleich stagnieren die Mittel für die Pflegekräfte. Die Bundesregierung hat nun im Dezember 2007 dem Bundestag einen Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung der Pflege vorgelegt. Doch die damit verbundenen Erwartungen wurden bitter enttäuscht: Die vorgesehene Anhebung der Leistungssätze ist so gering, dass noch nicht einmal der Wertverlust in Höhe von etwa 15 Prozent ausgeglichen wird. Es bleibt bei einer dauerhaften Leistungsminderung. Für die über 530.000 Menschen mit den Pflegestufen I und II, die in Heimen versorgt werden, ist überhaupt keine Erhöhung vorgesehen.

Mit dieser Kritik stehen wir als Fraktion DIE LINKE nicht allein da; zahlreiche Fachleute teilen sie. In einem Sofortprogramm fordern wir einen Ausgleich des Wertverlustes. Zusätzlich sollen die Mittel für den ambulanten, teilstationären und stationären Bereich um 25 Prozent erhöht werden. Hierdurch könnten Pflegebedürftige verstärkt professionelle Hilfen in Anspruch nehmen und gleichzeitig die Pflegekräfte besser entlohnt werden.

Sie fragen, woher das Geld kommen soll? Wir wollen eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung, in die **alle** einzahlen – auch die Gutverdienenden, die bisher anderweitig versichert sind. Das würde die Kassen der Pflegeversicherung füllen, und die dringend nötigen Leistungsanhebungen ließen

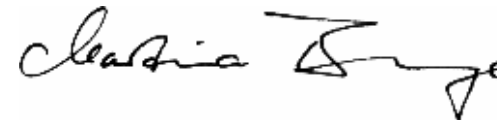
sich solide und gerecht finanzieren. Auch mehr Hilfe für Menschen mit demenziellen Erkrankungen wäre dann möglich. Für sie sollen nach Plänen der Bundesregierung bis zu 2.400 Euro jährlich zur Verfügung stehen. Das wären aber nur 6,57 Euro pro Tag und Person. Die Bundesregierung selbst geht von einer Million Betroffenen aus. Dafür reichen aber die vorgesehenen Mittel bei weitem nicht aus. Würden alle Unterstützung beantragen, bekäme jeder lediglich um die 75 Cent pro Tag.

Ich weiß, dass viele Frauen durch oft jahrelange Pflegearbeit körperlich und seelisch erschöpft und damit auch gesundheitlich gefährdet sind. Ihnen rate ich: Scheuen Sie sich nicht, Beratungs- und Hilfsangebote für pflegende Angehörige in Anspruch zu nehmen. Sie werden zum Beispiel von Wohlfahrtsverbänden und auch von den Krankenkassen angeboten. Es ist keine Schande, wenn Sie angesichts Ihrer hohen Belastung Unterstützung brauchen.

Was das Gesetz angeht, sind bald alle Messen gesungen. Voraussichtlich wird es im März, spätestens im April verabschiedet. Bislang erhob sich nur sehr leiser Widerspruch. Hier ist noch breiter Protest – also Frauenpower – gefragt. Melden Sie sich bei den Abgeordneten Ihres Wahlkreises und sprechen mit ihnen über Ihre Erwartungen an eine humane Pflege.

In diesem Sinne grüße ich Sie zum 8. März.

Ihre



*Dr. Martina Bunge
Abgeordnete der Linksfraktion im Bundestag
und Vorsitzende des Gesundheitsausschusses*

So erreichen Sie mich:
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030/227-70067 oder
Lübsche Straße 97, 23966 Wismar
Tel. 03841/32 65 993

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G